

**Beschluss (vorläufig)** Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 01.10.2025  
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

## Antragstext

1 Die Situation in Gaza spitzt sich immer weiter zu, wir blicken mit großer Sorge  
2 auf die aktuellen Ereignisse. Während israelische Geiseln immer noch in  
3 grausamer Gefangenschaft der Hamas sind, ist die humanitäre Lage im  
4 Gazastreifen, in dem täglich Zivilist\*innen bei den Angriffen des israelischen  
5 Militärs sterben, katastrophal. Beides muss so schnell wie möglich ein Ende  
6 haben.

7 Als Völkerrechtspartei war und ist es unsere Pflicht, entschieden für die  
8 Betroffenen dieses Krieges einzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
9 unser Engagement für die Betroffenen noch größer und unsere dazugehörigen  
10 Forderungen laut und sichtbar nach außen vertreten werden. Wir unterstützen  
11 explizit die Forderungen der Europäischen Kommission nach einem sofortigen  
12 Waffenstillstand, ungehindertem Zugang humanitärer Hilfe, der unverzüglichen  
13 Freilassung aller von Hamas festgehaltenen Geiseln sowie gezielten Sanktionen  
14 gegen extremistische israelische Minister\*innen und gewalttätige Siedler\*innen  
15 und fordern, dass sich die Bundesregierung diesen anschließt.

16 Weit über 60.000 Menschen wurden nach offiziellen Angaben in diesem Krieg  
17 bereits getötet oder sind aufgrund der dramatischen Lage gestorben. Die  
18 anhaltende massive Militäroffensive Israels auf den Gazastreifen verschärft die  
19 ohnehin katastrophale humanitäre Situation weiter und fordert immer mehr zivile  
20 Opfer. Als weitere deutliche Intensivierung der Kriegshandlungen hat Israel am  
21 16. September 2025 eine Bodenoffensive in Gaza-Stadt begonnen; offiziell mit dem  
22 Ziel, die Kontrolle in der Stadt zu übernehmen, Infrastruktur der  
23 Terrororganisation Hamas zu zerstören und verbleibende Geiseln zu befreien,  
24 wobei die israelische Armeeführung selbst erhebliche Bedenken hinsichtlich der  
25 Erreichbarkeit dieser Ziele und der Risiken für die Geiseln äußerte. Dies wird  
26 die humanitäre Lage weiter verschärfen und die Situation für die Menschen in  
27 Gaza weiter verschlimmern.

28 Die Blockade humanitärer Güter durch die israelische Regierung hat maßgeblich zu  
29 der aktuellen schrecklichen Situation geführt. Seit März 2025 wird die  
30 Verteilung humanitärer Hilfe im Gazastreifen über die von Israel und den USA  
31 unterstützte Gaza Humanitarian Foundation (GHF) organisiert, deren restriktiver  
32 und militarisierter Verteilmechanismus jedoch nicht nur viele Menschen vom  
33 Zugang zu lebenswichtiger Hilfe ausschließt, sondern von zahlreichen  
34 Hilfsorganisationen und UN-Experten als völkerrechtswidrig kritisiert wird, da  
35 er unter Kontrolle und Einfluss der Konfliktparteien steht und die Neutralität  
36 humanitärer Hilfe verletzt. Die Folgen sind verheerend: Menschen werden bei der  
37 Suche nach Lebensmitteln getötet, sie hungern und verhungern, sie werden immer  
38 wieder vertrieben. Helfer\*innen, Ärzt\*innen und Pflegekräfte geraten unter  
39 Beschuss und an die Grenzen ihrer Kräfte, Journalist\*innen werden angegriffen  
40 und getötet, was einen klaren Angriff auf das Völkerrecht, die Pressefreiheit

41 und das Recht auf unabhängige Berichterstattung darstellt. Nur noch ein Drittel  
42 des Territoriums des Gazastreifens ist für die palästinensische Bevölkerung  
43 zugänglich. Gebäude und Infrastruktur sind weitgehend zerstört, das  
44 Gesundheitssystem ist kollabiert. Eine öffentliche Ordnung gibt es in Gaza nicht  
45 mehr. Die unabhängige Untersuchungskommission des UNO-Menschenrechtsrat kam am  
46 16. September 2025 zu dem Schluss, dass Israel im Gazastreifen einen Völkermord  
47 an Palästinenser\*innen begeht.

48 Der Staat Israel hat nach dem Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 ein  
49 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen der Vorgaben, die das Völkerrecht für  
50 solche Ausnahmesituationen vorsieht. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
51 unverhandelbar und Israel hat das Recht, sich gegen den brutalen Terror von  
52 Hamas, aber auch gegen Angriffe aus dem Jemen, von der Hizbollah in Libanon oder  
53 aus dem Iran zu verteidigen. All das steht für uns außer Frage. Die Hamas nutzt  
54 die Zivilbevölkerung in Gaza auf perfide Weise als Schutzschild und Faustpfand,  
55 hält bis heute noch dutzende Menschen als Geiseln und verstößt damit auf  
56 eklatante Art gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts. Die Hamas  
57 unterdrückt seit Jahren grausam die palästinensische Zivilbevölkerung und hat  
58 jegliche Berechtigung verloren, für die Palästinenser\*innen zu sprechen oder  
59 politische Verantwortung zu tragen. Die israelische Armee verletzt aber in Gaza  
60 systematisch die Grenzen der Selbstverteidigung, das Völkerrecht und  
61 grundlegende humanitäre Prinzipien. Gleichzeitig verkünden rechtsextreme  
62 Mitglieder der israelischen Regierung ihre Ziele ganz offen, den Gazastreifen  
63 langfristig zu besetzen und Palästinenser\*innen dauerhaft zu vertreiben. Diese  
64 Ankündigungen sind völlig inakzeptabel und kündigen einen weiteren eklatanten  
65 Völkerrechtsbruch an. Mit Luftschlägen auf Ziele in Doha eskaliert die  
66 israelische Regierung weiter, unterminiert jegliche diplomatische Lösung und  
67 rückt damit auch die Befreiung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln in weite  
68 Ferne.

69 Auch im Westjordanland halten die jahrzehntelange Gewalt und völkerrechtswidrige  
70 Besatzungspolitik und der Siedlungsbau an. Die fortschreitende Entrechtung von  
71 Palästinenser\*innen im Westjordanland erfolgt durch eine Vielzahl  
72 diskriminierender Maßnahmen: Bewegungseinschränkungen, willkürliche  
73 Verhaftungen, Zerstörung von Wohnhäusern und die systematische Beschränkung des  
74 Zugangs zu Land und Wasser. Benjamin Netanjahu hat offen erklärt, dass  
75 Siedlungsprojekte gezielt darauf abzielen, die Entstehung eines  
76 palästinensischen Staates zu verhindern – eine Politik, die jeder  
77 Verhandlungslösung den Boden entzieht.

78 Mahnende Worte und stille Diplomatie seitens der Bundesregierung sind längst  
79 gescheitert. Es braucht ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Druck, um  
80 einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, den Krieg zu beenden, und beide  
81 Seiten an den Verhandlungstisch für eine dauerhafte Friedenslösung zu bringen.  
82 Der Stopp von Waffenlieferungen, die im Krieg eingesetzt werden können, ist  
83 dabei ein erster Schritt, den wir begrüßen. Aber dieser Schritt reicht bei  
84 weitem nicht aus. Wir fordern einen konsequenten Stopp sämtlicher Waffen- und  
85 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete. Ausnahmen dürfen - auch für Israel  
86 - nur dort gelten, wo Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen das  
87 Recht auf Selbstverteidigung klar begründen. Dieses Prinzip muss uneingeschränkt  
88 gelten und darf nicht wie im Fall Israels unterlaufen werden. Deutschland darf  
89 sich nicht hinter Symbolpolitik verstecken, sondern muss gemeinsam mit den  
90 europäischen Partner\*innen Verantwortung übernehmen.

91 Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Ankündigungen der Kommissionspräsidentin  
92 von der Leyen, die Auszahlung von Geldern an Israel auszusetzen, dabei aber  
93 Unterstützung für die Zivilgesellschaft, insbesondere Gelder an Yad Vashem  
94 auszunehmen. Ebenso unterstützen wir ihre Forderungen nach weiteren gemeinsamen  
95 europäischen Schritten gegenüber der israelischen Regierung. Wir fordern die  
96 Bundesregierung auf, sich für gezielte, mit den europäischen Partnern  
97 abgestimmte Sanktionen einzusetzen, insbesondere gegen die rechtsextremen  
98 israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir.

99 Als Teil der Staatengemeinschaft erkennen wir selbstverständlich die  
100 Rechtsstellung des internationalen Strafgerichtshofs an und erwarten  
101 entsprechend, dass der Haftbefehl gegen Netanjahu aufgrund des Vorwurfs der  
102 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchgesetzt wird,  
103 sollte dieser Berlin betreten. Mögliche weitere Sanktionen gegen einzelne  
104 gewalttätige Siedler\*innen, Siedlerorganisationen und Unternehmen, die diesen  
105 völkerrechtswidrigen Siedlungsbau unterstützen und vorantreiben, müssen geprüft  
106 werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aussetzung von  
107 Handelserleichterungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und  
108 der EU zu unterstützen und nicht mehr zu blockieren.

109 Wir fordern außerdem den sicheren und ungehinderten Zugang für UN, humanitäre  
110 Organisationen und Journalist\*innen sowohl in Gaza als auch im Westjordanland.  
111 Journalist\*innen leisten eine unverzichtbare Arbeit bei der Dokumentation der  
112 Lage vor Ort und tragen zur Transparenz und Rechenschaftspflicht aller  
113 Konfliktparteien bei. Ein umfassender, sicherer und ungehinderter Zugang aller  
114 dieser Akteure ist Voraussetzung für eine wirksame humanitäre Hilfe und für die  
115 Berichterstattung über die tatsächlichen Bedingungen vor Ort.

116 Auch als Reaktion auf die zunehmend offenen und faktischen Schritte hochrangiger  
117 Vertreter der israelischen Regierung, die mit ihrer Politik und Rhetorik die  
118 Entstehung eines palästinensischen Staates de facto verhindern, muss Deutschland  
119 die Anerkennung eines Staates Palästina zügig vorantreiben. Es braucht einen  
120 souveränen, demokratischen und sicheren palästinensischen Staat an der Seite  
121 eines sicheren Staates Israel, um dauerhaften Frieden sicherzustellen. Jegliche  
122 Schritte, die zur Deeskalation und Frieden in der Region beitragen, können nur  
123 am Verhandlungstisch und nicht durch Gewalt erreicht werden. Sowohl die  
124 Herrschaft der Hamas in Gaza als auch die Vertreibung von Palästinenser\*innen,  
125 wie Teile der israelischen Regierung und Trump sie in den letzten Wochen und  
126 Monaten immer wieder in den Raum gestellt haben, stehen dem klar entgegen. Auch  
127 wenn sie derzeit aussichtslos erscheint, bleibt die Zwei-Staaten-Lösung zum  
128 jetzigen Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, um dauerhaften Frieden für Israelis  
129 und Palästinenser\*innen und langfristige Stabilität in der Region zu erreichen.

130 Gleichzeitig verdeutlichen auch andere internationale Krisen – etwa in Sudan,  
131 Äthiopien oder Syrien, die bei weitem nicht die öffentliche Aufmerksamkeit  
132 erhalten, aber für Millionen Menschen Hunger, Vertreibung und Tod bedeuten – die  
133 dringende Notwendigkeit, die EU als handlungsfähige Union zu stärken und das  
134 Völkerrecht weltweit konsequent durchzusetzen. Auch deswegen ist es  
135 unerlässlich, die Einhaltung des Völkerrechts auch gegenüber Israel  
136 unmissverständlich und energisch einzufordern, genauso wie wir das auch in  
137 anderen Krisen tun müssen.

138 Was bedeutet das für uns in Berlin?

139 Viele Israelis und Jüd\*innen in Berlin leben seit dem 7. Oktober 2023 in Angst –  
140 um Angehörige und Freunde in Israel und angesichts wachsender antisemitischer  
141 Anfeindungen und der Zunahme von gewalttätigen Übergriffen hier vor Ort. Wir  
142 verurteilen jede Form von Antisemitismus in unserer Stadt. Der Schutz jüdischen  
143 Lebens, der Kampf gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels sind  
144 für uns nicht verhandelbar.

145 Viele Israelis und Jüdinnen\*Juden in Berlin leben seit dem 7. Oktober 2023 in  
146 Angst – um Angehörige und Freunde in Israel und angesichts wachsender  
147 antisemitischer Anfeindungen und der Zunahme von gewalttätigen Übergriffen hier  
148 vor Ort. Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus in unserer Stadt und  
149 explizit den massiv angestiegenen israelbezogenen Antisemitismus. Der Schutz  
150 jüdischen Lebens, der Kampf gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht  
151 Israels sind für uns nicht verhandelbar. Jüdinnen\*Juden müssen in ganz Berlin  
152 angstfrei und sicher sein können. Aktuell berichten viele Betroffene, dass sie  
153 ihre jüdische Identität im Alltag verbergen, öffentliche Einrichtungen meiden  
154 oder sich nicht mehr an Universitäten trauen. Das können und werden wir nicht  
155 akzeptieren. Jüdische Menschen sind in Berlin sehr bedroht. Im ersten Halbjahr  
156 2025 wurden allein in Berlin 637 antisemitische Vorfälle erfasst – ein Anstieg  
157 um rund 70 Prozent im Vergleich zum gesamten Jahr 2022.

158 Wiederholt kam es zu Brandanschlägen auf jüdische und als israelisch bzw.  
159 israel-solidarisch gelesene Orte sowie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.  
160 Offen antisemitische Hetze ist an vielen Orten im Straßenbild genauso zu finden  
161 wie auf den Demonstrationen, die von extremistischen Akteur\*innen befeuert  
162 werden. Wir Grüne stellen uns mit aller Kraft gegen jeden Antisemitismus. Der  
163 Schutz von jüdischen und als israel-solidarisch gelesenen Orten, und zwar auch  
164 nichtreligiösen Einrichtungen, muss sichergestellt werden. Hierfür müssen  
165 Finanzmittel ausreichend zur Verfügung gestellt und unter anderem auch bauliche  
166 und personelle Schutzmaßnahmen gestärkt werden.

167 Zugleich leben in Berlin über 40.000 Menschen mit engen familiären Verbindungen  
168 in die palästinensischen Gebiete und die Region. Auch sie bangen um ihre  
169 Angehörigen und Freund\*innen, trauern um die Opfer dieses Krieges, seit Jahren  
170 schon sind sie vom wachsenden antimuslimischen und antiarabischen Rassismus in  
171 unserer Gesellschaft betroffen. Auch der Schutz ihrer Leben und der Schutz vor  
172 Anfeindungen und Übergriffen ist unverhandelbar. Die Berliner Politik und weite  
173 Teile der Öffentlichkeit haben ihre Perspektive viel zu lange übersehen,  
174 bagatellisiert und nicht vertreten wollen. Jene Menschen wurde nicht genug Raum  
175 geben, ihre Meinung und Perspektive einzubringen, mussten dafür mit Ausgrenzung,  
176 Anfeindung und manchmal auch arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Weder  
177 Jüdinnen\*Juden und Israelis, noch Muslim\*innen und Palästinenser\*innen dürfen in  
178 Mithaftung für das Vergehen der Regierung Netanjahu oder der Hamas genommen  
179 werden. Auch an der Seite dieser Berliner\*innen stehen wir und kämpfen gegen  
180 Rassismus, Stigmatisierung und gegen Versuche, Diskursräume in unserer Stadt zu  
181 verengen.

182 Wir fordern deshalb neben der israelischen Flagge am Roten Rathaus auch die  
183 palästinensische Flagge zu hissen, um so unsere Solidarität mit der  
184 palästinensischen Zivilbevölkerung und israelischen Opfern des Terrors zum  
185 Ausdruck zu bringen. Die derzeitige Praxis Kai Wegners, einzig die israelische  
186 Flagge zu hissen, vernachlässigt viele betroffene Menschen in Berlin. Man darf  
187 nicht palästinensische und israelische Opfer gegeneinander ausspielen. Neben Tel

188 Aviv sollte auch Ramallah eine Städtepartnerschaft angeboten werden. Außerdem  
189 müssen Universitäten weiter ein Ort der Diskurse bleiben. Es ist nicht die  
190 Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters, Auftrittsverbote an Hochschulen  
191 auszusprechen. Die Universitäten sollten möglichst frei ohne Einmischung von  
192 außen agieren und ihre Konflikte lösen können, denn für staatenlose,  
193 palästinensische Studierende kann die Anwesenheit der Polizei einer  
194 existenziellen Bedrohung gleichkommen, da für sie stetig die Gefahr der  
195 Abschiebung im Raum steht. Wenn ein Teil der Studierenden gegen Jüdinnen\*Juden  
196 oder israelsolidarisch gelesene Personen vorgeht, sind sie kein Teil eines  
197 friedlichen Diskurses. Die Sicherheit aller und das unbeschwerte Studium von  
198 allen, insbesondere von Jüdinnen\*Juden, müssen ebenso garantiert werden wie die  
199 gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen und palästinensischen sowie als  
200 israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen Organisationen am Diskurs.  
201 Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von Jüdinnen\*Juden gegen  
202 elementare Bürger- und Freiheitsrechte ausspielt. Offene Briefe, Proteste und  
203 Hochschulbesetzungen sind grundsätzlich legitime Mittel. Antisemitische oder  
204 diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen  
205 Platz haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen  
206 Präventionskonzepten vorgebeugt werden. Staatliche Eingriffe oder  
207 administrativer Druck, die darauf abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse  
208 unangemessen zu beschränken, schaden uns als Gesellschaft. Das kann heißen,  
209 Meinungen aushalten zu müssen, die nicht mit der eigenen übereinstimmen. Daraus  
210 ergibt sich für uns auch, dass wir Boykottaufrufen gegen israelische oder  
211 jüdische Wissenschaftler\*innen klar entgegentreten.

212 Es braucht aber stets eine klare Haltung gegen antisemitische Gruppen und  
213 Organisationen. Es kann keine Toleranz und keine Räume für Organisationen geben,  
214 die antisemitischen Hass und Diskriminierung auf dem Campus verbreiten.

215 Seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel hat sich die Zahl  
216 antisemitischer Vorfälle in Berlin im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.  
217 Für uns als Grüne ist klar: Jüdinnen\*Juden müssen sich in ganz Berlin sicher  
218 fühlen, ob auf der Straße, in der Schule, oder auf dem Uni-Campus. Gleichzeitig  
219 steigen die Zahlen antimuslimischer und antiarabischer Vorfälle und Gewalt schon  
220 seit Jahren weiter an. Der Berliner Senat muss sicherstellen, dass jüdische,  
221 muslimische und arabische sowie als solche gelesene Menschen in Berlin sicher  
222 sind. Ihre Sichtbarkeit darf nicht eingeschränkt, ihr Leben nicht bedroht  
223 werden. Wir fordern eine deutlich bessere Finanzierung von Beratungs- und  
224 Anlaufstellen, Sensibilität gegenüber Betroffenen durch die  
225 Strafverfolgungsbehörden und eine schnelle und konsequente Strafverfolgung,  
226 gerade bei Gewalttaten.

227 Verschiedene politische Gruppen, darunter radikale Islamisten und vermeintliche  
228 Linke, schüren gezielt antisemitische Stereotype, verbreiten Falschinformation  
229 und Hass gegen Jüdinnen\*Juden und Israel und tragen diese über unsere Stadt  
230 hinaus ins Netz. Sie zielen insbesondere auf junge Menschen mit dem Ziel,  
231 Eskalation und Radikalisierung zu befördern. Diesen Gruppen und ihren Versuchen  
232 stellen wir uns klar entgegen. Das konsequente Entgegentreten gegenüber  
233 antisemitischen Narrativen ist unerlässlich, um extremistischen Akteur\*innen  
234 nicht den Protest auf der Straße zu überlassen. Wir kritisieren Demonstrationen,  
235 deren Aufrufe Hass gegen Jüdinnen\*Juden verbreiten, das Existenzrechts Israels  
236 oder Palästinas in Frage stellen oder das Leid einer Seite ausblenden.

237 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes durch das Grundgesetz geschützte Gut.  
238 Friedliche Demonstrationen, die das Vorgehen der israelischen Regierung  
239 kritisieren, der zivilen Opfer in Gaza und andernorts gedenken und für eine  
240 friedliche Lösung des Konflikts werben, sind zulässig und dürfen nicht behindert  
241 werden. Wer das Leid in Gaza adressiert, darf nicht pauschal als antisemitisch  
242 diffamiert werden. Insbesondere staatenlose palästinensische Menschen müssen  
243 ihre Trauer und ihre politischen Forderungen bei friedlichen Demonstrationen  
244 ohne Furcht vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen artikulieren können. Der  
245 Kommissar für Menschenrechte des Europarats rügte die Bundesregierung bereits  
246 wegen wiederholter Polizeigewalt bei Demonstrationen zu Gaza in Berlin. Die  
247 Polizei Berlin gehe aufgrund der Gewalttaten Einzelner unverhältnismäßig hart  
248 gegen Demonstrierende vor. Die notwendige Differenzierung muss möglich sein:  
249 Gewalt und menschenverachtenden Äußerungen einzelner Demonstrationsteilnehmenden  
250 und die Instrumentalisierung von Versammlungen durch extremistische Akteure sind  
251 eindeutig zu verurteilen. Zugleich ist Kritik an unverhältnismäßigen  
252 polizeilichen Maßnahmen und Gewalt gegen Demonstrierende legitim und darf nicht  
253 abgetan werden. Bisher verweigern Senat und Innenverwaltung jegliche Aufklärung  
254 und ignorieren den damit entstehenden Schaden für das Vertrauen in staatliche  
255 Institutionen. Vor allem beschädigt es die öffentliche Wahrnehmung der Berliner  
256 Polizei, wenn Fehlverhalten nicht ersthaft aufgearbeitet wird. Ein Kurs der  
257 Repression wird die Eskalationsspirale nicht beenden, sondern die Stimmung in  
258 der Stadt weiter anheizen. Eine deeskalative Herangehensweise würde zu einem  
259 spürbaren Rückgang an Eskalation und Gewalt führen. Wir fordern den Senat daher  
260 zu einem Kurswechsel hin zu einer Deeskalationsstrategie auf. Die Forderung des  
261 Regierenden Bürgermeisters auf Basis der "öffentlichen Ordnung" Versammlungen  
262 oder Protestcamps verbieten zu wollen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage und  
263 würde vor keinem Gericht standhalten. Die damit einhergehende Diffamierung der  
264 Justiz, unliebsame Demonstrationen nicht zu verbieten, ist inakzeptabel. Eine  
265 Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir ab, das Grundrecht der  
266 Versammlungsfreiheit muss gewahrt bleiben.

267 Wir stehen in Berlin gemeinsam vor der Aufgabe, Sorgen und Anliegen der hier  
268 lebenden Communities anzuerkennen, Ängste abzubauen und verloren gegangenes  
269 Vertrauen wieder aufzubauen. Dazu braucht es Räume, in denen ein offener und  
270 konstruktiver Austausch möglich ist. Gerade diese scheinen derzeit aber immer  
271 kleiner zu werden. Ein solcher Dialog darf keine Vorbedingungen haben – auch  
272 wenn Vorurteile und Misstrauen bestehen, können diese nur durch ehrlichen  
273 Austausch und Begegnung abgebaut werden. Wir stehen in Berlin gemeinsam in der  
274 Verantwortung, solche Räume zu schaffen und bestehende Räume zu stärken und zu  
275 schützen.

276 Wir erwarten vom schwarz-roten Senat zudem endlich klare Worte gegen das  
277 Aushungern und Sterben der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen.

278 Investiert werden muss außerdem dringend in die Prävention, aber genau hier  
279 setzt der schwarz-rote Senat im Doppelhaushalt 2026/2027 den Rotstift an: Im  
280 Bereich der Bildung werden wichtige Präventionsprojekte an Schulen weiter  
281 gekürzt oder sogar ganz gestrichen. Diese Kürzungen schwächen nicht nur den  
282 Schutz jüdischen Lebens, sondern werden Berlin langfristig gesellschaftliche  
283 Schäden zufügen. Wir fordern die schwarz-rote Koalition dringend dazu auf, im  
284 Haushalt ihren verbalen Bekenntnissen Rechnung zu tragen und für eine offene und  
285 vielfältige Gesellschaft auch die entsprechenden finanziellen Mittel  
286 einzusetzen.

287 Um konkret den besonders vulnerablen Menschen in Gaza zu helfen, fordern wir  
288 außerdem in Berlin ein kurzfristig einzusetzendes Aufnahmeprogramm für besonders  
289 schutzbedürftige Menschen aus dem Gazastreifen. Es muss jetzt ein  
290 Aufnahmeprogramm entwickelt werden, um gezielt insbesondere Kinder und deren  
291 Angehörige zu evakuieren, die dringend medizinische, psychologische und soziale  
292 Hilfe brauchen. Zudem müssen gefährdete Menschen durch ihre in Berlin lebenden  
293 Angehörigen aufgenommen werden können.

294 Der schwarz-rote Berliner Senat muss sich gegenüber der schwarz-roten  
295 Bundesregierung mit Nachdruck dafür einsetzen, dies dem Land Berlin zu  
296 ermöglichen. So können wir von Berlin aus einen Beitrag leisten, um das  
297 unerträgliche Leid in der Region zu lindern.